

**Öffentliche Sitzung**  
des Gemeinderats  
am Mittwoch, den 07.02.2024  
im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 16:04 Uhr

Ende: 19:10 Uhr

**Anwesend:**

**Vorsitzender**

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

**stellv. Vorsitzender**

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

Herr Bürgermeister Julius Mihm

**CDU**

Frau Stadträtin Marianne Barthle

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

Herr Stadtrat Martin Bläse

Frau Stadträtin Daniela Dinser

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Simon Ihlenfeldt

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Christian Krieg

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

Herr Stadtrat Christof Preiß

Frau Stadträtin Elena Risel

Herr Stadtrat Paul Schneider

Herr Stadtrat David Sopp

ab 16:41 Uhr.

Herr Stadtrat Georg Zimmermann

**Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Frau Stadträtin Sabine Braun

Frau Stadträtin Christa Kircher-Beißwenger

Herr Stadtrat Thomas Krieg

Herr Stadtrat Karl Miller

Frau Stadträtin Dr. Ina Neufeld

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

Frau Stadträtin Gertraude von Streit

**SPD**

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Herr Stadtrat Gerhard Bucher

Frau Stadträtin Sigrid Heusel

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

Frau Stadträtin Britta Wertner-Penteker

ab 16:20 Uhr.

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

**sozial.ökologisch.links.**

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk

Herr Stadtrat Andreas Dionyssiotis

Herr Stadtrat Sebastian Fritz  
 Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder ab 16:52 Uhr.

Frau Stadträtin Cynthia Schneider  
**Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd**

Frau Stadträtin Dr. Dorothea Kosin  
 Frau Stadträtin Karin Rauscher  
 Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-  
 Streit

**Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd**

Frau Stadträtin Brigitte Abele  
 Herr Stadtrat Benedikt Disam ab 16:24 Uhr.

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski  
 Herr Stadtrat Alexander Hamler

**FDP/FW**

Herr Stadtrat Ludwig Majohr  
 Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

**Schriftführerin**

Frau Melanie Bihlmaier

**Verwaltung**

Herr Klaus Arnholdt  
 Herr René Bantel  
 Herr Helmuth Caesar  
 Herr Geschäftsführer Peter Ernst  
 Herr Jan Fischer  
 Herr Franz Geberth  
 Herr Jonas Grill  
 Herr Alexander Groll  
 Herr Gerhard Hackner  
 Herr Richard Neiszer  
 Frau Birgit Pedoth  
 Herr Dieter Popp

**Abwesend:**

**Ortsvorsteher**

Herr Ortsvorsteher Bernhard Feifel

**CDU**

Herr Stadtrat Johannes Barth  
 Frau Stadträtin Natalie-Ulrika Biechele  
 Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl  
 Frau Stadträtin Brigitte Weiß

**Bündnis 90/Die Grünen**

Frau Stadträtin Barbara Bijok

Herr Stadtrat Markus Hirsch

**SPD**

Herr Stadtrat Alessandro Lieb

**Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd**

Frau Stadträtin Nadine Molinari

## Tagesordnung

=====

- 1** Zukunftskonzeption Kliniken - aktueller Stand
- 2** Wahl des Gemeindewahlausschusses
- 3** Nichthaushaltswirksame Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2024/2025 - Teil 1
- 4** Feststellungsbeschluss der Kommunalen Wärmeplanung Schwäbisch Gmünd – Endbericht (Maßnahme 2 – Maßnahmenkatalog „Gmünd für Morgen“)
- 5** Teilfortschreibung Regionalplan Region Stuttgart - Festlegung Vorranggebiete für Windkraftanlagen
- 6** Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 221 C "Neues Wohnen Güglingstraße", Gemarkung Bettringen, Flur Bettringen  
- Entwurfsbeschluss
- 7** Aufstellung des Teilflächennutzungsplanes "Erneuerbare Energien" der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Gmünd - Waldstetten mit dem Zieljahr 2035  
- Aufstellungsbeschluss
- 8** Flächennutzungsplan mit Landschaftsplan der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Gmünd - Waldstetten mit Zieljahr 2035  
- Entwurfsbeschluss
- 9** Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
- 10** Bekanntgaben
- 10.1** Gemeinsame Sitzung mit Mutlangen
- 10.2** Eröffnung des Tags des offenen Denkmals und Heimattage in Neresheim
- 11** Anfragen
- 11.1** Windräder
- 11.2** Wegweiser jüdische Städte
- 11.3** Beleuchtung während der Adventszeit
- 11.4** Feuerwehrhaus
- 11.5** Buhlturnhalle
- 11.6** Birlik-Areal
- 11.7** Schulzeitstaffelung ÖPNV

- 11.8** Energiespenden Wohnungsnotfallhilfe
- 11.9** Kompetenzzentrum Erneuerbare Energie
- 11.10** Sportgala
- 11.11** Abstimmung Flächennutzungsplan
- 11.12** Kündigungseingänge Stadtwerke

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

## **zu 1      Zukunftskonzeption Kliniken - aktueller Stand**

### **Protokoll:**

Oberbürgermeister Arnold begrüßt Herrn Dr. Schuler (Kreisärzteschaft), Herrn Dr. Stütz (Kreisnotfallbeauftragter) und Dr. Gerhard (Stv. Kreisgeschäftsführer und Rettungsdienstleiter Deutsches Rotes Kreuz).

Oberbürgermeister Arnold spricht sein Statement (siehe Anlage).

Herr Dr. Schuler äußert, dass das Landratsamt die Kreisärzteschaft von Anfang an in die Arbeitskreise mit einbezogen habe. Es gehe immer um Notfälle und diese müssten versorgt sein. Es gehe v. a. um die zeitkritischen Notfälle, wie schnell man vor Ort sein müsse. Die 10-Minuten-Regel gewährleiste man derzeit durch ein flächendeckendes Notfallsystem. Das zweite sei aber, wie schnell der Patient ins Krankenhaus komme, um versorgt zu werden. Dies beschäftige einen sehr stark. Es sei ein Ballungsraum mit 100.000 Menschen, die versorgt werden müssten. Es gebe Nachteile, aber man brauche Kompromisse. Essingen sei die maximale Grenze. Wenn man Mutlangen aufrechterhalte, müsste dieses Haus eine erhebliche Struktur haben, dies könne durch einen Regionalversorger nicht gewährleistet werden, da man das Personal einsparen wolle. Die Idee, eine Notfallversorgung zu haben, sei eingeschränkt, da man in der abgespeckten Variante ein Level 1-Krankenhaus nicht aufrechterhalten könne. Alle zeitkritischen Erkrankungen müssten zum Regionalversorger gefahren werden. Für ihn sei nicht nachvollziehbar, wie Aalen dieses Problem ignoriere und nur die Kosten vorbringe, da das Krankenhaus immer die Idee der Notfallversorgung habe.

Herr Dr. Stütz führt aus, dass viele Hausarztstellen nicht besetzt seien, weitere würden zeitnah in Rente eintreten. Es werde immer schwieriger werden, einen Hausarzt zu finden. Man brauche daher als Backup-System ein gutes Krankenhaus. Durch den Regionalversorger werde es schwieriger, zum einen die Distanz, zum anderen sinke die Attraktivität, sich hier in Schwäbisch Gmünd als Hausarzt niederzulassen. Ansonsten schließe er sich den Worten von Dr. Schuler an.

Herr Gerhard schließt sich den Vorrednern an. Wenn man die vorgeschriebene Maximalzeit von 60 Min. einhalten wolle, dann sei für viele Einsätze Essingen die Grenze, alles Weitere schaffe man nicht.

Stadträtin Dinsler/CDU bedankt sich für die Ausführungen. Die CDU-Fraktion unterstütze die Ausführungen. Erst wenn die Krankenhausplanung stehe, erhalte man die Förderung. Man habe verschiedene Säulen für eine flächendeckende Gesundheitsversorgung. Der Kreistag habe anhand objektiver Kriterien mehrere Gutachten in Auftrag gegeben. Dies seien die vorgegebenen Rahmenbedingungen. Alles, was darüber hinausgehe, sei rein emotional und schüre Ängste. Dies sei nicht der Ansatz der CDU-Fraktion. Man habe sich auf einen Regionalversorger verständigt. Unter anderem

machten immer komplexere medizinische Behandlungsmöglichkeiten, schwerere Personalgewinnung etc. einen Strukturwandel nötig. Jeder im Raum solle in sich gehen, vor einer geplanten Operation informiere man sich vorab. Aktuell bewege die Bürger die Fragen des Standorts und was in Mutlangen bleibe. Man wiederhole es sehr gerne. Essingen und keinen Meter weiter. Nicht nur aus lokalpatriotischen Interessen, sondern aus medizinischen und sachlichen Gründen. Man fordere eine 24/7-Notfallversorgung und eine Geburtshilfe. Man solle sich vorstellen, wenn es im Ostalbkreis nur noch Aalener geben würde. Man brauche auch Antworten darauf, wie man die Interimszeit gestalte. Je mehr das Defizit anwachse, desto weniger habe man durch die Kreisumlage Geld für Investitionen hier vor Ort. Wer zu diesem Zeitpunkt Zahlen vorlege, Hochglanzbroschüren drucke und Fördersummen aufzeige, die es nicht gebe, begeben sich auf sehr dünnes Eis. Man stehe hinter der Entscheidung für eine Regionalversorgung. Zum Standort sei klar, dass es nicht weiter als Essingen gehen dürfe. Wichtig sei ein enger Austausch mit den Ärzten und Sachlichkeit. Hierfür werde man kämpfen.

Stadtrat Tickert/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für die Ausführungen des Oberbürgermeisters, der es sachlich dargestellt habe. Die Verwaltung habe man vor einigen Jahren unter ein Dach bringen wollen. Was man nicht hinbekommen habe sei die Folge, weil man nicht den Mut gehabt habe, die Dinge in der Vergangenheit an der Wurzel zu packen. Die Gutachten, die der Kreistag beauftragt habe, sollten alle drei Standorte neutral untersuchen. Ihn ärgere daher das, was in Aalen passiert sei. Es gehe um die Versorgung der Bevölkerung und dies sei das oberste Prinzip, davon müsse man sich leiten lassen. Man sollte sich auch über die Parteigrenzen hinweg vernetzen.

Stadtrat Dr. Beck/SPD bedankt sich für die argumentative Kraft der Ausführungen der Ärzteschaft. Er bedankt sich außerdem für die sachlichen Ausführungen des Oberbürgermeisters. Vor allem in der Notfallseelsorge müsse die schnellste Erreichbarkeit garantiert werden. Dies gelte auch für die Kinderklinik. Der Weg zur Klinik dürfe nicht zu lange werden. Für die Übergangszeit wolle man beide Kinderkliniken erhalten. Man frage sich, was am Standort der Stauferklinik erhalten bleibe und was neu aufgebaut werde. Zukünftig würden viele Operationen ambulant erfolgen. Aber habe man ausreichend Nachsorgekapazitäten? Man hoffe, weitere Fragen klären zu können, wenn die Entscheidung für Essingen gefallen sei. Es gehe um den Ostalbkreis, um unseren Ostalbkreis.

Stadtrat Fritz/s.ö.l. bedankt sich für die Ausführungen, insbesondere zum Thema Notfallversorgung. Er bedankt sich für die sehr sachliche Diskussion. Man brauche keine Emotionen, sondern eine sachliche Diskussion, damit der Kreistag darauf basierend die Entscheidung fällen könne. Die Notfallversorgung stehe an vorderster Stelle. Es habe unzählige Willensbekundungen bei den Bürgerversammlungen in dieser Hinsicht gegeben. Man könne nicht konkret oder verlässlich sagen, was konkret am Stauferklinikum bleibe. Aalen sei aus der hiesigen Raumschaft gedacht zu weit. Es gehe nicht um regionale Befindlichkeiten, es gehe unter Umständen um Menschenleben. Daher könne man das Thema nicht einfach so zur Seite wischen, wenn man nicht gleichzeitig eine verlässliche Zukunftsperspektive für das Stauferklinikum benenne. Der Kreistag gehe einen Weg der Sachlichkeit und der Aalener Gemeinderat maße sich an, dieses Gutachten in Frage zu stellen. Wo sei nachher die Grundlage, um eine sachliche Entscheidung zu treffen? Dies sei höchstproblematisch und nicht nachvollziehbar. Bei den Kinderkliniken habe man aktuell zwei Standorte. Wenn der Regionalversorger komme und man dies zusammenlege, würde dies bedeuten, dass eine Klinik wegfalle. Der Zubringer von der B29 sei noch nicht hergestellt. Man solle eine Lösung im Sinne des Kompromisses finden.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen bedankt sich für die Ausführungen zu dem Kompromiss. Essingen und nicht weiter. Wenn man den Regionalversorger nicht verhindern könne und in gewisser Sicht auch nicht wolle, dann müsse man wissen, was bei einem bleibe, was der Gesundheitscampus noch wert sei. Es werde billigend in Kauf genommen, dass Schäden eintreten und man nichts mehr machen könne bei einem Herzinfarkt oder Schlaganfall. Dies bewege die Bevölkerung und es komme immer eine Emotionalität mit rein. Gutachten könne man so oder so auslegen. Die Frage sei, was in Mutlangen verbleibe? Auch die Kinderklinik und die Geburtsklinik seien ein Thema. Das Gesundheitswesen habe man noch nie wirtschaftlich denken können. Man sei im Westen der bevölkerungsreichste Teil des Ostalbkreises.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass der Grundsatzbeschluss für einen Regionalversorger gefallen sei, aber nicht darüber, wie die Gesundheitscampus aussehen sollten.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste bedankt sich für die Ausführungen. Entscheidend sei, was in Mutlangen bleibe. Wer einmal die neue zentrale Notaufnahme in Mutlangen gesehen habe, der erkenne, dass diese vom Feinsten sei. Es seien Millionen Euro investiert worden. Es sei eine Erleichterung für die Situation im Mutlanger Krankenhaus und die niedergelassenen Ärzte. Die Fraktion sei der Meinung, dass eine 24/7-Notfallversorgung vorhanden sein auch dortbleiben müsse, auch wenn der Regionalversorger einmal in Essingen gebaut sein sollte. Viele Menschen hätten Angst, wenn Mutlangen abgespeckt werde, was mit einem passiere, besonders die Menschen im Osten. Für diese sei bereits Essingen relativ weit. Diese würden sich dann einen näheren Weg, zum Beispiel nach Schorndorf suchen, die im Süden würden vielleicht nach Göppingen gehen. Zu den Kinderkliniken äußert sie, dass 100.000 Unterschriften für den Erhalt von zwei Kinderkliniken schon ein Wort sei. Man sei eine alternde Gesellschaft, dies gelte auch für die niedergelassenen Ärzte. Sie denke, dass auch eine Notfallklinik mit 24/7-Versorgung wichtig für die Ansiedlung von Ärzten sei. Man müsse genau wissen, was mit Mutlangen passiere. Hier erwarte man Antworten. Wenn man es rückwirkend betrachte, so sei die Idee von 2017 die beste Idee gewesen. Leider habe es nicht funktioniert.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass die zeitkritische Notfallversorgung am Regionalversorger stattfinden müsse. Und weil dies so sei und man wisse, dass es nicht mehr als 30 Minuten von jedem Ort des Ostalbkreises dauern dürfe, sei entscheiden, dass man dies am neuen Standort auch gewährleisten könne. Daher könne es nicht sein, dass es über Essingen hinausgehe. Dies sei für die Notfallversorgung essentiell. Dies habe nichts mit politische Erwägungen zu tun, sondern es sei rein medizinisch begründet.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW äußert, dass man erkennen könne, dass der Gemeinderat geschlossen hinter Oberbürgermeister Arnold stehe. Die Entscheidung treffe der Kreistag, hier gelte es, die Kreisräte vom Eckpunktepapier zu überzeugen. Man könne immer wieder Appelle in die Öffentlichkeit richten, aber viel wichtiger sei es, dass die Kreisräte entsprechende Überzeugungsarbeit in den Fraktionen leisten würden. Man könne postulieren, aber der Kreistag entscheide. Es dürfe nicht sein, dass Schwäbisch Gmünd in einer so wichtigen Frage das Nachsehen habe.

Stadträtin Dr. Neufeld/Bündnis 90/Die Grünen bringt zum Ausdruck, dass man eine Herzkatheter-Operation an einem Gesundheitscampus nie durchführen könne, da man bestimmte Dinge brauche, die dort nicht vorgehalten werden würden. Bei einem Herzinfarkt seien nicht unbedingt die fünf Minuten mehr Fahrzeit ausschlaggebend, sondern wichtig sei es, dass man in ein Krankenhaus komme, wo ein Team stehe, das den Patienten versorge. Man müsse verstehen, dass man vier oder fünf Gesundheitszentren niemals mit ausreichend Personal bestücken könne, hier müsse man auch Realismus dahinterstecken. Man habe bereits jetzt Probleme, die Notaufnahme in Mutlangen personell zu besetzen. Man brauche nicht nur die Maschinen, sondern auch die Personen dazu, dies sei an einem Regionalversorger besser gewährleistet. Sie erkundigt sich nach den Transportkapazitäten, da dann zusätzliche benötigt werden würden.

Herr Gerhard antwortet, dass man dies noch nicht ausgerechnet habe. In Baden-Württemberg seien gesetzlich 12 Minuten vorgesehen. Für den Altkreis Schwäbisch Gmünd gehe man von ca. drei zusätzlichen Fahrzeugen aus. Man würde es schon hinbekommen.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen äußert, dass drei verschiedene Minutenzahlen genannt worden seien und erkundigt sich, welche Zahl für was gelten würde.

Herr Gerhard antwortet, dass man innerhalb von 12 Minuten beim Patient sein müsse, dies schaffe man bei 95 Prozent. Nach spätestens 60 Minuten müsse der Patient in der Klinik eintreffen. Wenn man rechne, dass man ca. 25 Minuten für die Versorgung benötige, dann habe man noch 30 bis 35 Minuten, die man für die Fahrt aufwenden könne.

Oberbürgermeister Arnold betont abschließend, dass man die Entscheidung für einen Regionalversorger getroffen habe. Dieser mache nur Sinn bis Essingen und keinen Schritt weiter.

## zu 2 **Wahl des Gemeindewahlausschusses** **Vorlage: 013/2024**

### **Protokoll:**

Ohne Aussprache.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat wählt die in der Anlage 1 aufgeführten Beisitzer und Stellvertreter entsprechend der Vorschläge der Gemeinderatsfraktionen für den Gemeindewahlausschuss. Außerdem wählt er den in der Anlage 1 aufgeführten Vorsitzenden des



Gemeindewahlausschusses und Stellvertreter aus den Wahlberechtigten und Gemeindebediensteten.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.1  
nachrichtlich an Amt:

**zu 3**      **Nichthaushaltswirksame Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2024/2025 -  
Teil 1**  
**Vorlage: 011/2024/1**

**Protokoll:**

**Antrag Nr. 4:**

Stadtrat Christian Krieg/CDU äußert, dass er sich intensiv damit beschäftigt habe, man sei anderer Meinung. Man ziehe den Antrag nun aber formal zurück, damit man im Gesamten Beschluss fassen könne. Man werde zeitnah einen überarbeiteten Antrag einreichen.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man Anregungen auch gerne vorab mit dem Hauptamt besprechen könne.

**Antrag Nr. 16:**

Erster Bürgermeister Baron äußert, dass man Alarm schlage, wenn man merke, dass man die Anträge nicht abarbeiten könne. Er schlägt daher vor, dass man sich gegenseitig informiere.

Die antragsstellende Fraktion ist mit diesem Vorgehen einverstanden.

**Antrag Nr. 17:**

Stadtrat Fritz/s.ö.l. erkundigt sich, ob die Fenster der Sozialberatung bereits untersucht worden seien und ob es hierfür bereits eine Planung gebe.

Herr Caesar antwortet, dass die Fenster für dieses Jahr geplant seien, es sei dringender Handlungsbedarf gegeben.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW äußert, dass man einen nichthaushaltswirksamen Antrag zur Einführung einer Schuldenobergrenze gestellt habe, diesen vermisse er nun.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man die nichthaushaltswirksamen Anträge aufgeteilt habe, am heutigen Tag behandle man den ersten Teil, der zweite Teil folge zu einem späteren Zeitpunkt. Die Einführung einer Schuldenobergrenze sei allerdings ein haushaltswirksamer Antrag.

Herr Bantel ist der Auffassung, dass man diesen bei den haushaltswirksamen Anträgen abgehandelt habe, man prüfe es aber nochmals.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, ruft Oberbürgermeister Arnold zur Abstimmung auf.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

### **Beschluss:**

Den Stellungnahmen der Verwaltung wird, unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Vorberatung im Verwaltungsausschuss, zugestimmt.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20  
nachrichtlich an Amt:

## **zu 4      Feststellungsbeschluss der Kommunalen Wärmeplanung Schwäbisch Gmünd – Endbericht (Maßnahme 2 – Maßnahmenkatalog „Gmünd für Morgen“) Vorlage: 188/2023/1**

### **Protokoll:**

Herr Geberth fasst die kommunale Wärmeplanung zusammen.

Stadtrat Bläse/CDU führt aus, dass man das Thema sehr intensiv in der Vorwoche diskutiert habe. Die Wärmeplanung sei nicht verbindlich. Er finde es daher sehr schwierig, viel Aufwand zu betreiben und nachher nichts daraus zu machen. Es wurde angekreidet, dass man zu spät sei, aber das sei gar nicht schlimm, weil der Beschluss dem Regierungspräsidium übermittelt werde und was dann passiere, wisse niemand. Wichtig sei die Frage, welchen Nutzen man habe. Wichtig seien die Projekte, die man umsetzen könne. Unter anderem müsse man die Abwärme des Elektrolyseurs und des Güglings nutzen, dort werde man es hinbekommen. Die Broschüre, die Herr Ernst angesprochen habe, sei wichtig, da man die Leute informieren müsse. Man könne heute den Beschluss fassen.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen findet die Wärmeplanung wichtig und gut für die weitere Arbeit. Es gebe ein bestehendes Netz, es seien Abnehmer da, die die Struktur kennen würden. Viel wichtiger sei die Kernstadt, hier sei eine sehr hohe Abnahmedichte vorhanden. Es gebe auch Wärme aus dem Abwasser, diese könne man auch nutzen, man habe viele Kanäle und für die Hauseigentümer in der Innenstadt gebe es wenige Alternativen. Man solle daher so schnell wie möglich an die Innenstadt herangehen. In Weiler habe man eine sehr aktive Forstbetriebsgemeinschaft. Wenn diese Ideen im Teilort weiterentwickelt werden würden, dann sehe man eine Basis. Die Leute müssten jetzt informiert werden, da sie eine klare Aussage für kleinere Gebiete erwarten würden. Kein Wärmenetz heiße nicht, dass diese Bürger hinten herunterfallen würden, sondern, dass eine Einzelheizung für Bürger sehr viel wirtschaftlicher sei als ein Wärmenetz.

Stadtrat Schwab/SPD führt aus, dass der Beschluss Formsache sei. Es müsse Planungssicherheit für die Bürger hergestellt werden. Bettringen sei ein guter Anfang, es sei aber noch zu wenig, was als Wärmestrategie der Stadt beschlossen werde. Man werbe dafür, mit der Bürgerenergiegenossenschaft und den Banken schneller Lösungen zu schaffen.

Stadtrat Dr. Benk/s.ö.l. äußert, dass das Ziel völlig illusorisch sei. Gut sei aber, dass man eine Grundlage habe.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen bedankt sich für die Ausführungen. Die Frage sei, was die Leute machen sollen, wenn die Heizung kaputtgehe. Hier würden aber ja sicherlich die Stadtwerke für Fragen zur Verfügung stehen. Das Interesse in Bettringen sei sehr groß gewesen.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste bedankt sich für die Ausführungen. Es sei eine beeindruckende Fleißarbeit. Es wäre schön, wenn man alle Ziele erreichen würde. Ihm fehle jedoch der Glaube daran, wenn er die finanzielle Situation der Stadt und der Stadtwerke anschau. Es erinnere ihn an Martin Luther Kings Aussage „I have a dream“.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW äußert, dass es auch um die technische Machbarkeit gehe. Bis 2035 klimaneutral zu wärmen sei nicht in Sicht. Es seien schöne Pläne, aber sehr illusorisch.

Herr Geberth antwortet, dass die Finanzierung schwierig, aber nicht unmöglich sei, wenn das Land zum Beispiel eine Bürgschaft wie in Schleswig-Holstein einräume. Das Umweltministerium habe angekündigt, eine zusätzliche Förderung auf die Bundesförderung draufzupacken.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig (5 Enthaltungen) fassen die Mitglieder nachstehenden

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt den in Anlage 1 und 2 beigefügten Kommunalen Wärmeplan für die Stadt Schwäbisch Gmünd.  
Die Stadt Schwäbisch Gmünd wird den Kommunalen Wärmeplan als Orientierungsgrundlage für strategische Entscheidungen im Sektor Wärme nutzen. Er dient gleichzeitig den Bürgerinnen und Bürgern als Informationsquelle, wo in Zukunft Wärmenetze möglich wären, ohne jedoch eine verbindliche Planung darzustellen. Mit Hilfe dieser strategischen Fachplanung sollen die Fokuspunkte gemeinsam mit der engagierten Bürgerschaft entwickelt werden und als Grundlage für umsetzungsorientierte Planungen (Machbarkeitsstudien) dienen.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11, Stadtwerke  
nachrichtlich an Amt:

**zu 5 Teilfortschreibung Regionalplan Region Stuttgart - Festlegung Vorranggebiete für Windkraftanlagen**  
**Vorlage: 017/2024**

**Protokoll:**

Ohne Aussprache.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig (2 Enthaltungen) fassen die Mitglieder nachstehenden

**Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt die nachfolgende Stellungnahme und bittet die Verwaltung um Übermittlung an den Verband Region Stuttgart bis 09.02.2024.

**Wortlaut der Stellungnahme:**

Schwäbisch Gmünd unterstützt den notwendigen Ausbau der Windkraft im Zuge der Energiewende. Die Bereitstellung von „grünem Strom“ ist auch aus wirtschaftspolitischer Sicht von hoher Bedeutung. Daher befürworten wir grundsätzlich den Ausbau der Windkraft und die Festlegung von weiteren Vorrangflächen. Dennoch sehen wir das auf Flächen der Gemeinden Lauterstein und Böhmenkirch vorgesehene Vorranggebiet GP-04 aufgrund der bereits vorhandenen Vorbelastung durch den Windpark Lauterstein in seiner aktuellen Abgrenzung kritisch.

Das Vorranggebiet GP-04 grenzt im Westen an die Stadt Schwäbisch Gmünd mit seinen Stadtteilen Degenfeld und Weiler in den Bergen an. Mit 1.208 ha umfasst es eine sehr große Fläche, die die bereits bestehenden Windenergieanlagen (WEA) im Windpark Lauterstein beinhaltet.

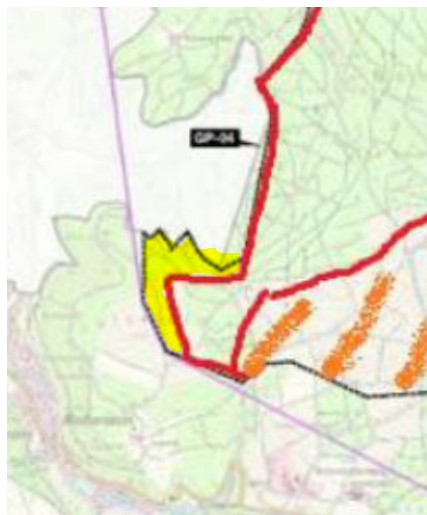
Während das Vorranggebiet im Norden Richtung Weiler in den Bergen keinen Platz für neue Anlagenstandorte mehr aufweist, kommen im Süden des Vorranggebietes neue, mögliche Standorte für WEA infrage, die im Südwesten des Vorranggebietes an Degenfeld angrenzen. Insbesondere der Bereich Lützelalb ist für Schwäbisch Gmünd aufgrund der exponierten Lage kritisch zu bewerten.

Wir bitten den Verband der Region Stuttgart, unseren Bedenken und Forderungen in der weiteren Beratung Rechnung zu tragen:

1. Wir fordern, dass der „Bernhardus“ als überregional bedeutsamer Wallfahrtsort auch weiterhin von einer zukünftigen Windkraftnutzung ausgeschlossen wird.
2. Aufgrund der Vorbelastung Degenfelds durch den angrenzenden Windpark Lauterstein, insbesondere durch Betriebsgeräusche und Schattenschlag, droht der Bevölkerung eine Überlastung, sofern weitere WEA an der Gemarkungsgrenze zu Degenfeld errichtet würden. Diesem Aspekt muss bei der Abgrenzung des Vorranggebietes Rechnung getragen werden. Unabhängig davon

fordern wir, dass das Vorranggebiet GP-04 einen Vorsorgeabstand zu den bestehenden bzw. im Flächennutzungsplan 2035 vorgesehenen Siedlungsändern von Schwäbisch Gmünder Ortsteilen und Wohnplätzen einhält, der sicherstellt, dass Betriebsgeräusche und Schattenschlag auf ein Maß begrenzt werden, das unter den gesetzlich im Rahmen der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zulässigen Grenzwerte liegt.

3. Weiterhin fordern wir in Übereinstimmung mit Lauterstein, dass das Vorranggebiet im Bereich der Lützelalb aufgrund der exponierten Lage und den unter Ziffer 2 aufgeführten Gründen wie folgt reduziert wird (gelbe Markierung):



Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11  
nachrichtlich an Amt:

**zu 6** **Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 221 C "Neues Wohnen Güglingstraße", Gemarkung Bettringen, Flur Bettringen**  
**- Entwurfsbeschluss**  
**Vorlage: 002/2024**

**Protokoll:**

Ohne Aussprache.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

**Beschluss:**

1. Über die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit eingegangenen Anregungen wird entsprechend den Stellungnahmen im Abwägungsprotokoll (Anlage 4 dieser Vorlage) beschlossen.
2. Der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften Nr. 221 C „Neues Wohnen Güglingstraße“ werden entsprechend den Anlagen 1 und 2 im Entwurf beschlossen.
3. Die Begründung wird in der Fassung der Anlage 3 festgestellt.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 61  
nachrichtlich an Amt:

**zu 7      Aufstellung des Teilflächennutzungsplanes "Erneuerbare Energien" der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Gmünd - Waldstetten mit dem Zieljahr 2035**  
**- Aufstellungsbeschluss**  
**Vorlage: 235/2023**

**Protokoll:**

Ohne Aussprache.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig (5 Enthaltungen) sprechen sich die Mitglieder für den

**Beschlussvorschlag** aus:

Für das Hoheitsgebiet der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Gmünd und Waldstetten ist ein Teilflächennutzungsplan „Erneuerbare Energien“ aufzustellen. Zieljahr des Teilflächennutzungsplanes ist das Jahr 2035.

Die Vorlage wird zur Beschlussfassung an die Vereinbarte Verwaltungsgemeinschaft mit Waldstetten verwiesen.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 61  
nachrichtlich an Amt:

**zu 8 Flächennutzungsplan mit Landschaftsplan der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Gmünd - Waldstetten mit Zieljahr 2035**  
**- Entwurfsbeschluss**  
**Vorlage: 236/2023**

**Protokoll:**

Herr Hackner präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Ortsvorsteher Nußbaum führt aus, dass die Präsenz der Ortsvorsteher zeige, wie wichtig das Thema sei. Alle Ortschaftsräte hätten es beraten, in allen Ortschaftsräten habe man eindeutige Beschlüsse zur jetzigen Vorlage. Man solle den Flächennutzungsplan daher auf den Weg bringen. Ohne diese Flächen gebe es keine Entwicklung. Es sei wichtig, man habe verantwortungsbewusst gehandelt.

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich für die Ausführungen. Vor Ort wisse man am besten, was notwendig sei. Man sei mit 225 Hektar gestartet, es habe viele Runden gegeben. Zum Teil sei es ein sehr schmerzlicher Kompromiss, er möchte hier zwei Punkte exemplarisch nennen. Zum einen beim Thema Wohnen. Man brauche mehr Wohnungen und mehr bezahlbaren Wohnraum. Das schaffe man nur, wenn es insgesamt mehr Wohnraum gebe. Zu sagen, dass man es alles durch Nachverdichtung etc. schaffe, sei zwar gut, aber man müsse ehrlich bleiben, dass es nicht ausreiche. Es müsse sich jeder Ortsteil in einem gewissen Maße entwickeln können. Es gehe nicht darum, überall nur Einfamilienhäuser hinzustellen, aber es müsse vereinzelt möglich sein. In den letzten Jahren habe man gute Beispiele für eine Durchmischung der Baugebiete gehabt. Der zweite Punkt sei das Gewerbe, die Industrie, die Wirtschaft. Hier stehe man im Vergleich viel weiter hinten. Eine Wirtschaftskraft sei für eine Stadt sehr wichtig, sie biete Arbeitsplätze und sei für den sozialen Frieden sehr wichtig. Auch in diesem Bereich müsse man eine Wende hinbekommen. Daher könne man auch hier nicht sagen, dass es keine neue Fläche gebe. Bei den Gewerbeflächen habe man von insgesamt 20 Hektar noch 11 Hektar zur freien Verfügung. In der Nordachse von Schwäbisch Gmünd gebe es keine Gewerbefläche, die man momentan haben könne, dies sei nicht zufriedenstellend. Man müsse den Gewerbetreibenden eine Möglichkeit geben, ansonsten würden diese abwandern. In Herlikofen gebe es zum Beispiel einen Zimmerer, der sich erweitern wolle. Man wolle immer die Holzbauweise, dafür brauche er aber eine größere Halle dazu. Man müsse das Gesamte sehen. Natürlich helfe jede Fläche nicht, dass es vom Klima besser werde, aber man müsse es nachhaltig und mit Vernunft machen. 20 Hektar seien daher sehr knapp bemessen. Es seien auch ökologische Ausgleichsflächen enthalten, dies dürfe man nicht hinten heruntermachen lassen. Man müsse es im Gesamtkontext sehen. Man werde den Kompromissvorschlag einstimmig tragen. Dies sei eine klare Geschichte, dies sei gelebte Demokratie, man müsse auch Kompromisse machen. Überall in Deutschland gehe man auf die Straße und stehe für Demokratie, hier könne man mit gutem Beispiel für eine gute Demokratie vorangehen.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen findet es super, wie sich Oberbürgermeister Arnold für die Wälder in Aalen im Rahmen der Klinikdiskussion eingesetzt habe. Er fände es gut, wenn er dies genauso für Schwäbisch Gmünd machen würde. Beim Thema Flächennutzungsplan könne man der Meinung sein, dass es um die Frage gehe, welche Flächen mit Straßen, Wohnen und Gewerbegebäuden neu zugebaut werden würden. So sei es aber nicht. Wenn man sich das gesamte Werk anschauet, dann werde klar, dass es eine wichtige Aufgabe des Flächennutzungsplanes genauso

sei, wie man mit dem Naturschutz umgehe. Eine wichtige Frage, die man auch beantworten müsse, sei, wie man das Ziel Netto-Null Flächenverbrauch, welches die EU, der Bund und das Land beschlossen hätten, erreiche. Diese Frage sei nicht diskutiert, sie sei nicht beantwortet. Was heiße Netto-Null? Nach Meinung der Fraktion heiße es nicht, dass man keine neuen Flächen ausweise, sondern, dass man bilanziere und schaue, wo man Flächen habe, wo man der Natur etwas zurückgeben könne. Nicht nur der Natur, auch der Landwirtschaft nehme man Flächen weg. Nicht nur durch Flächenausweisungen, sondern auch durch Ausgleichsflächen. Wo schaffe man zumindest einzeln eigene Wertigkeiten? Der Flächennutzungsplan habe im Landschaftsplan 271 Maßnahmen über das gesamte Stadtgebiet und Waldstetten. Die Ortschaftsräte könnten es vor Ort entscheiden, man erkenne, dass die Teilorte bestimmte Flächen für eine Entwicklung benötigen würden. Man erkenne auch, dass einige Teilorte einige Flächen reduziert hätten. Aber im Gegenzug müssten sich die Ortschaftsräte auch intensiv damit beschäftigen, welche Maßnahmen sie umsetzen können, welche Wertigkeiten man damit verbessern könne. Das wäre der Wunsch. Was habe man in den letzten Jahren gemacht? Man habe einen Schritt nach vorne gemacht und dann komme ein Grundstückseigentümer, der bauen möchte, dann habe man die Grundsätze wieder vergessen. Auch das klimagerechte Flächenmanagement werde nicht beachtet. Daher verstehe er nicht, wie man das über Bord werfe, was man bisher erreicht habe. Es könne kein Weg sein, wie man mit den Erwartungen umgehe. Man erwarte den Schutz der Landwirtschaft und der Natur. Die Fraktion werde dem Flächennutzungsplan nicht zustimmen. Man werde sich enthalten, weil man eine Türe offen halten wolle für die Dinge, die man vorgeschlagen habe. Hier hoffe man, dass man gemeinsam mit der Verwaltung weiterkomme.

Stadtrat Schwab/SPD bringt zum Ausdruck, dass man sehr intensiv über den Flächennutzungsplan und die Bauleitplanung bis 2035 sowie über die Ausweisung von Flächen, die man dringend für bezahlbaren Wohnraum benötige, diskutiere. Man müsse aber auch darüber sprechen, wie man in Zeiten der Klimakrise und in Zeiten des massiven Artensterbens schaue, wie man die Natur bewahren könnte. Auch die Anliegen der Landwirtschaft müsse man berücksichtigen, da viele wertvolle Flächen versiegelt werden würden. Im Koalitionsvertrag der Landesregierung sei formuliert, dass man maximal 2,5 Hektar pro Jahr verbrauchen dürfe. Wenn man diesen Wert auf Schwäbisch Gmünd herunterbreche, komme man auf 35 Hektar bis 2035. Die Stadt lege einen Entwurfsbeschluss vor mit 190 Hektar. Dies sei das Dreifache des aktuellen baden-württembergischen Flächenverbrauchs und mehr als das Fünffache des Koalitionsvertrages. Die Fraktion stehe klar zu bezahlbarem Wohnraum und zur Transformation. Dafür brauche es Flächen und dies sei einem auch klar, dies habe man auch bei den Beschlüssen zu Aspen und beim Ggling gezeigt. Die Flächenkulisse sei überzogen. Man stimme daher dem Entwurfsbeschluss geschlossen nicht zu, man werde sich enthalten. Zur Kompromissfähigkeit äußert er, dass man gerne zu einem Kompromiss bereit gewesen sei, aber dann hätten sich die Verwaltung oder andere Fraktionen darauf einlassen und eingehen müssen. Dies sei nach Auffassung der Fraktion nicht passiert, da die Gesamtfläche auf 190,8 Hektar erhöht worden sei. Das Herausrechnen der Grünflächen sei ein unredlicher und unsauberer Vergleich. Es würde genügend Möglichkeiten für einen Kompromiss geben. Er habe Respekt vor dem Ortschaftsrat Herlikofen, dass man die Fläche nicht zur Bebauung ausweise. Es gehe auch um Fragen des Respekts untereinander im Gremium. Es gebe sehr unterschiedliche Positionen. Dass man kritisch diskutiere, sei auch klar. Aber Vorwürfe mangelnder Kompromiss- oder Demokratiefhigkeit seien nicht nur unangebracht, sondern der Umgangsweise in einem demokratischen Gremium unwürdig. Dies gelte auch für den Inhaber des Oberbrgermeisteramtes. Auch er habe zu wenig Respekt entgegen-



gebracht, v.a. beim Umgang mit den Mehrkosten der Remstalgartenschau. Man erwarte mehr Respekt vor dem Gremium und dem Umgang mit einzelnen Stadträten, unabhängig ihrer Fraktionszugehörigkeit

Stadtrat Dr. Benk/s.ö.l. blickt auf den Prozess zurück. Es beginne bereits damit, wie man den Kompromiss darstelle. Es sei merkwürdig, wenn man das, was man selbst für einen Kompromiss halte, den anderen eine Kompromissfähigkeit aberkenne. Der Vorentwurf des Flächennutzungsplans habe man ohne einen Abgleich mit dem Regionalplan aufgestellt. Es habe einen Vorschlag der Verwaltung gegeben, nach den Vorberatungen in den Ortschaftsräten seien es 186 Hektar gewesen, nun 191 Hektar. Wie komme man dazu, nun plötzlich Grünflächen herauszurechnen? Man wolle den Eindruck erwecken, dass die Gesamtfläche gesunken sei, dies sei aber nicht der Fall. Es sei das Vierfache. Man könne im vorgelegten Entwurf daher auch keinen Kompromiss erkennen. In den vergangenen Jahren habe man im Austausch mit dem Landratsamt, dem Regionalverband und dem Regierungspräsidium gestanden. Es habe aber keinen Austausch mit den Fraktionen, die dem Vorentwurf von Anfang an kritisch gegenüberstanden, gegeben. Man verweise stattdessen immer auf die Workshops. Diese hätten mehrfach stattgefunden, kosteten viel Zeit, aber es sei kein Austausch auf Augenhöhe gewesen. Leider sei der Flächennutzungsplan auch kein Gegenstand im Jugendgemeinderat gewesen. Es sei notwendig, den weiteren Flächenverbrauch einzudämmen. Man habe einen Bedarf an Gewerbeflächen und Wohnraum, v. a. an bezahlbarem Wohnraum. Es heiße nicht, dass man keine Flächen mehr nutze. Der landwirtschaftliche Aspekt habe keine Rolle gespielt. Dabei sei allen klar, wie wichtig regionale Versorgung sei. Man ruiniere landwirtschaftliche Betriebe, dies könne man nicht verantworten. Stadtrat Bläse habe als Beispiel Herlikofen genannt. Zum einen handle es sich hier um einen exponierten Ortsrand, zum anderen gehe aus dem Klimagutachten genau für diese Stelle ein Kaltluftabfluss hervor, die Fläche habe daher eine hohe klimatische Bedeutung. Das Gebiet sei ein Vorbehaltsbereich für Naturschutz und Landwirtschaftsfläche, eine bedeutsame Nutzung sei daher ausgeschlossen. Außerdem sei die Fläche in unmittelbarer Umgebung zum letzten landwirtschaftlichen Gebiet in Herlikofen. Aus diesen Gründen habe sich der Ortschaftsrat Herlikofen mit einer Gegenstimme gegen dieses Gewerbegebiet ausgesprochen, aber der vorläufige Entwurf halte daran fest. Man könne dem Entwurf nicht zustimmen. Ein kleiner Lichtblick stehe auf S. 26 des Abwägungsprotokolles, dort stehe, dass die Flächenkulisse im weiteren Verfahren reduziert werde. Er bittet um Erläuterung und Konkretisierung, was und wie viel reduziert werde. Dies sei der Hoffnungsschimmer.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen äußert, dass die Erstellung des Flächennutzungsplanes ein langwieriger Prozess mit vielen Beteiligten gewesen sei. Man habe mehrere Workshops gehabt. Der Flächennutzungsplan sei eine Gesamtkulisse und auf zehn Jahre bezogen, man habe verschiedene Durchgänge gemacht und Kompromisse gefunden. Man habe alle möglichen Kriterien angewandt, Landwirtschaftsflächen und Ausgleichsmaßnahmen seien dabei. Wenn man es punktgenau fasse, schnüre man sich ein. Es sei ein Rahmenplan, den man sich gebe, ein Korsett, das man nicht zu eng schnüren solle. Es sei ja nicht sicher, dass es genauso komme. Aber man stehe in Konkurrenz zu anderen Gemeinden. Es seien Dinge, die man in der Gesamtabwägung betrachten müsse. Sie warne davor, dass man es alles aufdröse. Man habe sich schon beschränkt, die Message sei angekommen, man solle es mit Waldstetten zusammen in der Art und Weise auf den Weg bringen. Es werde immer wieder bemängelt, dass solche Prozesse zu lange dauern würden. Solche Dinge würden viel Personal binden, das man an anderer Stelle benötige. Daher sei man dafür, es nun so umzusetzen.

Stadtrat Hamler/Die Bürgerliste äußert, dass er es richtig finde, was angesprochen werde. Die Landesregierung habe gute Vorgaben gemacht und die Ausführungen der Stadträte Schwab, Dr. Benk und Miller hätten ihre Richtigkeit. Aber man lebe in der Bundesrepublik Deutschland in einem sehr schönen Land, was sehr stark frequentiert sei und auch künftig werde. Gewerbe und Wirtschaft, an diesem Thema komme man nicht vorbei. Das Problem sei, dass das Geld nicht einfach aus dem Bankautomaten komme. Das Geld werde benötigt, sowohl politisch als auch sozial und müsse erst erwirtschaftet werden. Man habe seit einigen Jahren Probleme in Richtung Gewerbe, bereits vor 10 oder 15 Jahren habe man Probleme gehabt. Mittlerweile seien Gemeinden wie Eschach hoch attraktiv geworden. Man habe einen Transformationsprozess und es sei sehr schwierig geworden, in Deutschland zu investieren. Man habe ein Gewerkschaftsproblem, die 4-Tage-Woche, es seien politisch schwierige, lange Prozesse, die es nicht vereinfachen würden, für Gewerbetreibende passende Immobilien zu erstellen, da allein der Anmeldeprozess so lange dauere, dass man die Lust verliere. Viele würden ins Ausland abziehen. Die Frage sei, was verträglich sei, für Gewerbe, für Wohnraum und Landwirtschaft. Man dürfe keinen Punkt schlechtreden. Man sei noch nicht auf der Straße, das Handwerk habe aber schon angefangen zu demonstrieren. Es gebe so langsam eine Misstimmung, dort gehöre auch die Möglichkeit eines Gewerbebetriebs dazu, in Schwäbisch Gmünd zu expandieren. Über 80 Prozent der Betriebe in Deutschland hätten maximal acht Mitarbeiter, daher brauche man nicht nur Aspen, sondern auch kleinere Gebiete. Man dürfe sich für die nächsten Jahre nicht zu sehr einschränken. Man müsse nicht immer einer Meinung sein, das zeichne die Demokratie aus, aber man müsse Kompromisse eingehen. Für die Fraktion sei es ein tragbarer Kompromiss.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW bedankt sich für die Ausführungen von Stadtrat Hamler, die er unterstreiche. Man habe eine sehr ausführliche Vorlage mit einem umfangreichen Abwägungsprotokoll. Wenn man es mit der ursprünglichen Flächenkulisse vergleiche, sehe man einen Kompromiss, da es deutlich reduziert worden sei. Bei der Beschlussfassung komme es zu einer Abwägung. Es stelle sich die Frage, ob man sich museal einrichten oder zukunftsfähig aufstellen wolle. Man habe in Schwäbisch Gmünd ein strukturelles Defizit. Man sei dringend und mehr als andere auf eine zukunftsfähige Infrastruktur angewiesen. Vor diesem Hintergrund, mit allen Pros und Kontras, stimme man ebenfalls der Beschlussvorlage zu.

Stadtrat Preiß/CDU äußert, dass man mehrere Jahre gekämpft habe, Frau Rauscher habe den Prozess dargestellt. Die Zukunft werde im Flächennutzungsplan dargestellt, es würden aber nicht alle Flächen verbaut werden. Es seien Flächen, die bebaut werden könnten, aber nicht alle bebaut werden. Dies sei wichtig zu wissen. Zum Gewerbegebiet in Herlikofen äußert er, dass man einen Gegenvorschlag machen solle, da die Gefahr drohe, dass die Firma dann abwandere. Man habe in letzter Zeit gut zusammengearbeitet. Stadtrats Schwab Vorwürfe seien unverschämt und ungehörig.

Stadtrat Dr. Benk/s.ö.l. hat eine Gegenidee, er lade Ortsvorsteher, Stadtrat Preiß und den Zimmermann ein, sodass man die Idee ausloten könne. Umgekehrt könnte er fragen, wie der landwirtschaftliche Betrieb sich weiterentwickeln könne.

Herr Hackner führt aus, dass man die Reduzierung mit allen Ortschaftsräten vorgenommen habe.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, ruft Oberbürgermeister Arnold zur Abstimmung des Beschlussvorschlages auf.

**Abstimmungsergebnis:**

Mit 24 Ja-Stimmen, 4 Gegenstimmen und 15 Enthaltungen sprechen sich die Mitglieder für den

**Beschlussvorschlag** aus:

1. Über die im Rahmen der frühzeitigen Auslegung des Planentwurfs eingegangenen Anregungen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange wird entsprechend den Stellungnahmen des Abwägungsprotokolls (Anlage 3) dieser Vorlage beschlossen.
2. Der Flächennutzungsplan der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Gmünd - Waldstetten mit Zieljahr 2035 wird im Entwurf beschlossen (Anlage 1).
3. Die Begründung mit Umweltbericht und Landschaftsplan wird gem. Anlage 2 festgestellt.

Die Vorlage wird zur Beschlussfassung an die Vereinbarte Verwaltungsgemeinschaft mit Waldstetten verwiesen.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 61  
nachrichtlich an Amt:

**zu 9      Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen**  
**Vorlage: 016/2024**

**Protokoll:**

Ohne Aussprache.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

**Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt den in der Anlage zur Sitzungsvorlage genannten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen zu.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20  
nachrichtlich an Amt:

**zu 10      Bekanntgaben****zu 10.1    Gemeinsame Sitzung mit Mutlangen****Protokoll:**

Oberbürgermeister Arnold gibt bekannt, dass am 13.03.2024 um 18:00 Uhr eine gemeinsame Sitzung mit dem Gemeinderat Mutlangen zur Zukunftskonzeption der Kliniken stattfinden solle.

**zu 10.2    Eröffnung des Tags des offenen Denkmals und Heimattage in Neresheim****Protokoll:**

Oberbürgermeister Arnold gibt bekannt, dass am 07.09.2024 Schwäbisch Gmünd Austragungsort der Eröffnung des Tags des offenen Denkmals sei. Am 08.09.2024 um 14:00 Uhr würden die Heimattage in Neresheim eröffnet werden.

**zu 11      Anfragen****zu 11.1    Windräder****Protokoll:**

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste führt aus, dass ihr eine Bürgerin aus Bettringen wegen der Windräder geschrieben habe. Viele Windräder würden nicht in Betrieb sein, weil es das Netz nicht hergebe. In der Scheffoldstraße könnten bereits jetzt viele Photovoltaikanlagen-Besitzer nicht mehr einspeisen, weil das Netz zu schwach sei.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man das Anliegen ausführlich beantworten werde.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: Stadtwerke  
nachrichtlich an Amt:

## zu 11.2 Wegweiser jüdische Städte

### Protokoll:

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste erkundigt sich, ob die Verwaltung und der Gemeinderat darüber nachdenken würden, einen Wegweiser zu jüdischen Städten zu machen. Die Region Stuttgart mache dies bereits, man solle ebenfalls darüber nachdenken.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass der Landrat bereits dabei sei, dies für den Ostalbkreis zu denken. Man werde demnächst zu einem informellen Treffen einladen.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt:  
nachrichtlich an Amt: Stadtarchiv

## zu 11.3 Beleuchtung während der Adventszeit

### Protokoll:

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen führt aus, ob man die Lichter überhaupt während der Adventszeit auf dem Marktplatz wieder anmache.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass die Energieeinsparung nicht gelte. Daher habe man die Stadtwerke beauftragt, wieder zurückzukehren. Es gebe auch andere Aspekte, unter anderem die Sicherheit.

Bürgermeister Mihm ergänzt, dass man nicht zwischen atmosphärischer und Funktionalbeleuchtung unterscheide, man richte mittlerweile immer die atmosphärische Beleuchtung als Funktionalbeleuchtung ein. Schwäbisch Gmünd sei immer Vorreiter gewesen. Die Konturenbeleuchtung sei ein Teil davon.

## zu 11.4 Feuerwehrhaus

### Protokoll:

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich wie man mit dem Feuerwehrhaus am Sebaldplatz ein Preisgericht gehabt habe, er habe sich mehrfach nach dem aktuellen Stand erkundigt und keine Antwort erhalten. Er fragt nach, wie der aktuelle Stand sei.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man die Anfrage gerne aufnehme.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 65  
nachrichtlich an Amt:

#### zu 11.5 **Buhlturnhalle**

##### **Protokoll:**

Stadträtin Braun/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, wann die Buhlturnhalle fertiggestellt werde.

Herr Caesar antwortet, dass es in den nächsten sechs Wochen passieren werde, es habe verschiedene Schwierigkeiten gegeben.

Stadtrat Thomas Krieg/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass die Umkleiden und Duschen seit den Pfingstferien nicht nutzbar seien.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es nun ja gemacht werde.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt:  
nachrichtlich an Amt: 65

#### zu 11.6 **Birlik-Areal**

##### **Protokoll:**

Stadträtin Braun/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich nach dem aktuellen Stand beim Birlik-Areal.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass es keine Fortschritte gebe. Es werde auch Thema im Bauausschuss der VGW sein. Es sei momentan schwierig über die Planung hinaus die Dinge zu realisieren.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt:  
nachrichtlich an Amt: VGW

#### zu 11.7 **Schulzeitstaffelung ÖPNV**

##### **Protokoll:**

Stadtrat Fritz/s.ö.l. äußert, dass man mit viel Energie das Thema Schulzeitenstaffelung beim ÖPNV bearbeitet habe. Es stelle sich nun heraus, dass die Busunternehmen nicht in der Lage seien, die zusätzlichen Busse und das Personal zur Verfügung zu

stellen. Er erkundigt sich, wie man das Thema angehe. Man solle überlegen, die Schmiedgassen zumindest in eine Richtung zu entlasten.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man es mitnehme.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30  
nachrichtlich an Amt:

## zu 11.8 **Energiespenden Wohnungsnotfallhilfe**

### **Protokoll:**

Stadtrat Dionyssiotis/s.ö.l. erkundigt sich, wie viele Energiespenden bei der Wohnungsnotfallhilfe eingegangen seien und ob weiterer Bedarf bestehe.

Erster Bürgermeister Baron äußert, dass man insgesamt 6.150 Euro an Spendengeldern eingenommen habe. Man habe zunächst auf die staatlichen Ansprüche verwiesen. In sechs Fällen habe es keine andere Möglichkeit gegeben, hier habe man dann auf die Spenden zurückgegriffen (ca. die Hälfte), die andere Hälfte habe man noch zur Verfügung. Man habe auch die Möglichkeit, Darlehen zu vergeben. Hier seien derzeit 48.000 Euro vergeben. Das Konto der Hospitalstiftung könne unbegrenzt weitere Spenden empfangen.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt:  
nachrichtlich an Amt: 50

## zu 11.9 **Kompetenzzentrum Erneuerbare Energie**

### **Protokoll:**

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW führt aus, dass er mit großer Freude zur Kenntnis genommen habe, dass Oberbürgermeister Arnold Gespräche mit Hochschulen der Region und dem fem führe, mit dem Ziel eines Kompetenzzentrums erneuerbarer Energien. Er bittet um einen Sachstandsbericht im nächsten KUEBA.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass er in Gesprächen sei.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.4  
nachrichtlich an Amt:

**zu 11.10 Sportgala****Protokoll:**

Stadtrat Schneider/CDU äußert, dass das neue Konzept der Sportgala sehr gut angekommen sei.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40  
nachrichtlich an Amt:

**zu 11.11 Abstimmung Flächennutzungsplan****Protokoll:**

Stadtrat Bläse/CDU erkundigt sich, ob die Abstimmung für den Flächennutzungsplan nur für ein Stimmungsbild gewesen sei und ob der Beschluss in der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft mit Waldstetten gefasst wird.

Oberbürgermeister Arnold bestätigt dies.

**zu 11.12 Kündigungseingänge Stadtwerke****Protokoll:**

Stadtrat Hamler/Die Bürgerliste äußert, dass man bei den Stadtwerken viele Kündigungseingänge zu verzeichnen habe. Er erkundigt sich, ob die finanzielle Grundlage gesichert sei.

Herr Ernst verweist auf den nichtöffentlichen Teil der Sitzung. Es sei alles im grünen Bereich, die Finanzierung der Bäder habe nichts mit den Stadtwerken zu tun.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schießt Oberbürgermeister Arnold die Sitzung.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt:  
nachrichtlich an Amt: Stadtwerke



Für die Richtigkeit!

Den .....  
Oberbürgermeister:

Den .....  
Stadtrat:

Den .....  
Schriftführer:

Den .....  
Stadtrat: